Nr. 85. Erstes Morgenblatt. Vierundfünfzigster Jahrgang. Sonntag, 27. März 1910.

Abonnementspreis: Ein Vierteljahr in Frankfurt und Mainz a. d. Exped. ℳ 7.50, bei den Agent. ℳ 8.25, a. d. Postämtern in Deutschland (u. Schutzgeb.) ℳ 9.–, Aegypten Millem. 737, Belgien Fr. 13.92, Bulgarien Fr. 20.70, Dänemark Kr. 9.96, Griechenland (durch d. Postamt in Triest) Kr. 19.90, Holland fl. 7.20, Italien Fr. 15.10, Luxemburg Fr. 13.05, Marokko (D. P.) Pes. 18.93, Norwegen Kr. 9.59, Oesterreich (Wien auch Wollzeile 11) Kr 15.64, Portugal Milr. 3.650, Rumänien Lei 16.30, Russland Rbl. 4.53, Schweden Kr. 10.32, Schweiz Fr. 13.70, Serbien Fr. 14.63, Türkei (D. P.) ℳ 14.34, Ungarn Kr. 12.42, im Weltpostverein in London Siegle, 80 Lime Str., Paris Agence Havas, New York 20 Broad Str., sämtlich ℳ 18.–.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung.) und Handelsblatt. (Neue Frankfurter Zeitung.)

Begründet von Leopold Sonnemann.

Preis der Anzeigen: Colonelzeile 50 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in: Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Leipz. Pl. 3, Dresden-Laubegast: Poststr. 3, München: Theatinerst. 44, Offenbach: Bieberstr. 34, Stuttgart: Langestr. 1. Unsere übrig. Agentur. u. d. Annoncen-Exp. Ferner in: London: 14/18 Queen Victoriastreet, Paris: Agence Havas und John F. Jones & Co., Zürich: Nordstrasse 62, New York: 20 Broad Street. Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts Druckerei (Gesellschaft m. beschr. Haftung).

Antike und moderne Demokratie.

Von Professor Dr. Thaddäus Zielinski (Petersburg).

I.

„Antike" und „Demokratie" — in der Vorstellung vieler sind diese Begriffe unzertrennlich verbunden. Wir mögen an Solon, Perikles oder Demosthenes, an Coriolan, die Gracchen oder Cäsar denken — immer ist es das brausende Meer der Volksmasse, das jubelnd oder grollend in seinem Stimmengewirr den eindrucksvollen Orgelpunkt abgibt, von dem sich die Einzelstimme des leitenden oder kämpfenden Staatsmanns umso volltönender abhebt. Wer vermag sich Athen ohne seine Ekklesie, Rom ohne seine Comitien zu denken? Und fern sei es uns, an diesem Glauben rütteln zu wollen. Hat Aristoteles Recht mit seiner Ansicht, daß sich die Natur in der Vollendung offenbare — und er hat Recht — so ist allerdings die Demokratie die natürliche Verfassung des antiken Staates gewesen. Mag darum der peinliche Chronologe kommen und uns vorrechnen, — jetzt gar mit Berufung auf die mykenische oder meinethalb auch auf die „minoische" Kultur, die der griechischen Geschichte vorn ein stummes Jahrtausend angehängt hat — wie lange Griechenland auf der Welt war, ehe sich aus der Königsherrschaft die Aristokratie und aus ihr erst die Demokratie entwickelte, wie kurz hier und in Rom die Zeit ihrer Blüte gewesen ist und wie viele Jahrhunderte nach ihrem Verfall die griechisch-römische Menschheit das Joch der Cäsaren getragen hat: wir wollen wägen und nicht zählen. Uns gilt nur die schöpferische Antike für voll; und daß diese demokratisch gewesen ist, — wenigstens der Hauptsache nach — ist eine Tatsache, die keine Chronologie zu scheuen hat.

Die Chronologie nicht; vielleicht aber die Soziologie? Wie steht es mit dem Einwand, daß der antike Demos zu allen Zeiten die Nichtbürger und die Sklaven aus seiner Mitte ausschloß, daß mithin die antike Demokratie eigentlich eine Art verkappte Aristokratie gewesen ist? — Nicht eben zum besten; doch soll uns das noch später beschäftigen. Einstweilen halten wir am herkömmlichen Sinn des Wortes fest.

II.

Worin liegt nun der Grund des obgenannten intimen Verhältnisses zwischen Antike und Demokratie? Wir werden kaum irre gehen, wenn wir ihn in der Natur des antiken Menschen selbst suchen. Sagt doch Plato mit Recht, daß die Charakterzüge der Staatswesen nicht von außen in sie hereinkommen, sondern aus der Natur der Bürger, die den jeweiligen Staat bilden. Der Grundzug nun in der Natur der antiken Menschen war die Autonomie, d. h. die innerste Ueberzeugung, daß der Mensch in seinem eigensten Wesen die Quelle der Satzungen ist, nach denen er seine Lebensführung gestaltet. Die antike Moral war eine Mußmoral, keine Sollmoral; das gab den Stoikern das Recht, die Normen der Sittlichkeit auf die Triebe zurückzuführen, die die Natur selbst dem Menschen eingepflanzt hat. Und so war auch das antike Recht ein Mußrecht, kein Sollrecht; das gab den römischen Juristen das Recht, in Anlehnung an ihre griechischen Vorbilder die Frage nach dem Naturrecht zu stellen — diese schicksalsschwere Frage, die in den Monarchien der Neuzeit so viel Aergernis und Anstoß gegeben hat.

Und dementsprechend ist endlich auch der antike Staat ein Mußstaat, kein Sollstaat gewesen; ein Mußstaat ist aber nur die Demokratie, da nur in ihr der Staatswille ein Gesamtwille ist, der sich aus den Einzelwillen der Staatsbürger mit Notwendigkeit ergibt.

III.

Aus dem Gesagten ist mit Leichtigkeit eine Einschränkung zu entnehmen, die zugleich den Charakter der antiken Demokratie bestimmt. Soll sich der staatliche Gesamtwille reinlich und klar aus den Einzelwillen der Bürger ergeben, so müssen diese in jedem Falle unmittelbar zum Ausdruck kommen: jeder Bürger muß in der Lage sein, jede Aktion seines Staates durch Abgabe seiner Stimme mitzuschaffen. Das setzt wiederum eine alle Bürger umfassende stimmende und beschließende Körperschaft voraus: ohne eine Volksversammlung ist die antike Demokratie ebensowenig denkbar, wie die moderne ohne ein Abgeordnetenhaus. Mit anderen Worten: die antike Demokratie ist plebiszitarisch, während die moderne parlamentarisch ist.

Das ist der Hauptunterschied; suchen wir uns über seine Tragweite klar zu werden.

Ist das dem modernen Parlamentarismus zu Grunde liegende Prinzip als solches der Antike fremd? Offenbar nein. Es besteht ja darin, daß eine größere oder geringere Gruppe von Staatsbürgern infolge räumlicher oder zeitlicher Behinderung einen aus ihrer Mitte „abordnen" und die Summe ihrer Einzelwillen damit auf ihn übertragen. Das ist indessen nicht nur bei den Parlamentswahlen der Fall: auch der antike Beamte geht durch Wahl (Stimmwahl oder Loswahl, gleichviel), aus der Mitte seiner Wähler hervor, ja selber die vorbereitende und verwaltende Körperschaft des Rates oder Senates geht direkt oder indirekt aus einer solchen Wahl hervor. Nein: nicht das Vertretungsprinzip an sich, wohl aber seine Anwendung auf die Bildung der gesetzgebenden Körperschaft ist es, was die moderne Demokratie von der antiken unterscheidet. Das Gesetz, den Nomos, betrachtet der antike Bürger als das eigenste Erzeugnis seines autonomen Willens; nachdem er auf allen anderen Gebieten notgedrungen sich zur Vertretung bequemt, hielt er an der gesetzgebenden Tätigkeit unbeirrt und bis zum äußersten fest, als an dem Palladium seiner bürgerlichen Autonomie.

Der modernen Demokratie gilt dieser Standpunkt (von vereinzelten, stark modifizierten Ausnahmen sehen wir ab) mit Recht als unannehmbar; eben darum ist ein Bürger im antiken Sinne des Wortes im modernen Staate unmöglich. Das stolze Wort „civis Romanus sum" ist für immer verklungen; wenn jemand heutzutage sein Pathos nachahmen will, ist das Pathos unecht und hohl.

IV.

Doch das mag als Romantik gelten; wir gehen weiter. Was hat die antike plebiszitarische Demokratie erst ermöglicht? Und was hat sie zu Fall gebracht? Und wodurch ist uns die moderne, parlamentarische Demokratie erst möglich geworden?

Da sagen einige zur ersteren Frage: „die Sklaverei" und meinen damit zugleich die antike Demokratie als eine mit Unrecht also genannte erwiesen zu haben. Beides ist gleich verfehlt. Soll mit der Antwort gemeint sein, daß erst die Sklaverei dem antiken Bürger die Muße geliefert habe, seinen Bürgerpflichten obzuliegen, so ist das übertrieben: im Sinne der Entlastung bedeutete die Sklaverei damals nicht mehr als heutzutage das Dienstbotentum. Will man aber einer Staatsordnung, die die Sklavenschaft vom Stimmrecht ausschließt, den Namen einer Demokratie versagen, so darf sich auch die moderne Demokratie, die das Frauenstimmrecht nicht anerkennt, mit diesem Namen nicht brüsten. Gleich der Frau gehörte eben auch der Sklave zur Familie, die im Demos durch das Familienhaupt vertreten war.

Nein, die richtige Antwort ist anderswo zu finden. Was die antike plebiszitarische Demokratie erst ermöglichte, war jenes eigentümliche, reizvolle Gebilde des antiken Lebens, das wir mit seinem griechischen Namen die „Polis" nennen, und mit ihm seine Hauptkennzeichen, die Autonomie und die Autarkie. Erstere kennen wir schon; in der Autarkie aber liegt die Forderung ausgesprochen, daß jenes staatliche Gebilde groß genug sei, um seinen Bedürfnissen zu genügen, und doch wiederum in seinem Flächenraum beschränkt genug, um jedem Bürger die Möglichkeit zu gewähren, persönlich in der „Stadt" sein Bürgerrecht auszuüben. Daran kann man ermessen, wie sehr die plebiszitarische Demokratie für uns zu einer Utopie geworden ist. Im Altertum waren Athen, Korinth, Sparta jedes für sich Staaten, die der Forderung der Autarkie vollauf genügten; heutzutage genügt ihr das gesamte Griechenland nicht mehr, — es erstickt in den engen Grenzen, die ihm die Liebe seiner „Schutzmächte" gesteckt hat, und ringt vergeblich darnach, zur Minimalgröße eines modernen Staates auszuwachsen.

V.

Und was hat die plebiszitarische Demokratie zu Falle gebracht? Ich wünschte, der geneigte Leser griffe einmal, etwa wenn ihn eine leichte Unpäßlichkeit ans Zimmer fesselt, zum alten Herodot — nicht des Orients und nicht der Perserkriege wegen, sondern um sich die ältere griechische Geschichte vorerzählen zu lassen, wie sie die ersten Bücher episodisch enthalten: es wird ihm zu Mute sein, wie wenn er dem Taucherspiele der Rheintöchter um das reine, das unberührte Gold zusähe. Krieg zwischen Athen und Aegina, zwischen Sparta und Argos, zwischen der und jener Polis — warum? Um des Sieges, um der Trophäe, schlimmstenfalls um eines Landstreifens willen; so hätte das noch lange fortgehen können. Aeußere Gefahr war es, die dem Spiele ein Ende machte: in der höchsten Not der Perserkriege hat Themistokles seiner Vaterstadt den Ring des Nibelungen erstritten. Er hieß: die Hegemonie.

Einmal errungen, konnte er nur zugleich mit der Existenz aufgegeben werden — also war er um jeden Preis zu behaupten. Damit sah sich die Polis vor eine doppelte Aufgabe gestellt: einerseits ihre bürgerliche Freiheit zu wahren und zu üben — andererseits über andere, ebensolche Staatsgebilde zu herrschen, d. h. sie eben derselben Freiheitsrechte zu berauben, deren sie selbst genoß. Es macht der antiken Polis nur Ehre, daß sie an diesem Widerspruch verblutete.

Den Widerspruch selbst stellte Thukydides fest in einer politisch ungemein bedeutungsvollen Rede, die er dem Volksführer Kleon in den Mund legt. Ihr Anfang lautet: „Oft habe ich mich übertzeugen müssen, daß die Demokratie unfähig ist, über andere Völker zu herrschen." Das heißt, modern gesprochen: Demokratie und Imperialismus sind unvereinbar.

VI.

Den griechischen Freistaaten blieb es erspart, zu dem theoretischen Lehrsatz die praktischen Beispiele zu liefern — zu einem dauernden Imperialismus hat es keiner von ihnen gebracht. Dem Hypothesenspinner ist es freilich unbenommen, die Frage aufzuwerfen, ob nicht doch das „attische Reich" des fünften Jahrhunderts Bestand gehabt hätte, wenn die Geschicke des athenischen Staatswesens statt von einer freiheitsdurstigen plebiszitarischen Demokratie vielmehr von einer straffen Monarchie geleitet worden wären, oder von einer zielstrebigen Aristokratie, oder auch von einer modernen, parlamentarischen Demokratie.

Das Beispiel hat Rom geliefert. Der alte italische Imperialismus, den die Monarchie der Tarquinier geschaffen hatte, konnte ihren Fall nicht überleben: Rom war wieder zur kleinen „autarkischen" Polis geworden, als es bei sich die plebiszitarische Demokratie einrichtete und zu ihrem ewigen Wahrer das Volkstribunat erhob. Das ging so dritthalb Jahrhunderte hin; da wurde durch die punischen Kriege die Schicksalsfrage „Demokratie oder Imperialismus?" abermals gestellt. Es kam, was kommen mußte: die Weltherrschaft, die der Demos erkämpft hatte, wurde durch die Nobilität ausgeübt, die Volkstribunen wurden willige Werkzeuge des Senats. Und als dank den Gracchen das Volkstribunat sich auf seine ursprüngliche Aufgabe wiederbesann und mit der plebiszitarischen Demokratie Ernst machen wollte, kam es zu einer dauernden Revolution, aus der schließlich die vom Imperialismus geforderte Staatsform hervorging: das Imperium.

VII.

Uns Modernen kann die Schicksalsfrage nicht in ihrer ganzen Nauheit entgegengeworfen werden: unsere Demokratie ist ja eine parlamentarische. Das ist nun freilich, antik gedacht, überhaupt keine Demokratie, sondern eine Wahlaristokratie, die man dem altrömischen Wahlkönigtum an die Seite stellen mag. Aber wir sind alt geworden und haben Bescheidenheit gelernt.

Wie kamen wir dazu? Nun, einfach dadurch, daß in jenen Zeiten, in die die Keime unserer modernen Demokratie zurückgehen, eine plebiszitarische Demokratie durch die Ausdehnung der Staaten ausgeschlossen war. Immerhin wäre die Notwendigkeit einer parlamentarischen Demokratie nie zur Wirklichkeit geworden, wenn sie nicht im Charakter des modernen Menschen eine Stütze gefunden hätte. Es ist eine ewig denkwürdige Stelle im platonischen Staat, wo — im Anschluß an die oben hervorgehobenen Worte — den einzelnen Staatsformen die entsprechenden Menschencharaktere zugeteilt werden: der Timokrat, der Oligarch, der (plebiszitarische) Demokrat, der Tyrann (d. h. Cäsarist). Der parlamentarische Demokrat fehlt in der Reihe; holen wir seine Charakteristik nach.

Wir gehen dabei von dem vielzitierten Wort eines englischen Parlamentariers aus: „Von allen Parlamentsreden, die ich gehört habe, haben sehr wenige mein Urteil beeinflußt und keine einzige — mein Votum." Was diesem Wort zugrunde liegt, ist eine ganz besondere Art von Gewissen, das keine einzige Ethik bis dato behandelt hat; wir wollen es das mandatarische Gewissen nennen. Der Abgeordnete gehört seiner Partei an. Gewiß hat diese bei Aufstellung seiner Kandidatur sein Talent im Auge gehabt. Sein Wissen, seine sittliche Unbescholtenheit — das sind alles wertvolle Waffen für den Parteikampf — vor allem jedoch seine Gesinnungstüchtigkeit und folglich seine Unüberzeugbarkeit. Von nun an ist sein Weg ihm vorgezeichnet: das Parteiprogramm — das ist eben jenes mandatarische Gewissen, das im parlamentarischen Leben an Stelle seines freien persönlichen Gewissens zu treten hat.

Wir können demnach unsere Definition kurz fassen: der moderne, parlamentarische Demokrat — das ist ein Mann, der über ein mandatarisches Gewissen verfügt. Dem antiken Menschen ging ein solches durchaus ab, daher denn der antiken Menschheit die Möglichkeit einer parlamentarischen Demokratie niemals auch nur in Form einer Utopie aufgegangen ist. Das haben viele nach Mommsens Vorgang als ein schwer zu lösendes Rätsel bezeichnet. Die Lösung des Rätsels ist sicher auf psychologischem Gebiet zu suchen; wie, wenn sie mit dem Obgesagten gefunden wäre?

Deutsches Reich.

* **Frankfurt,** 26. März.

Einer Verständigung der liberalen Parteien für die Wahlen redet die „Weserzeitung" das Wort. Sie begrüßt die Auffassung der Nationalliberalen in Hannover, nachdem sie erkannt haben, daß alles Entgegenkommen gegen die brutalen Forderungen des Bundes der Landwirte sie nicht vor dem Plan bewahrt hat, nicht eher zu ruhen, als „bis der letzte nationalliberale Abgeordnete aus Hannover vertrieben" sei, und führt weiter aus:

Der Umschwung ist umso erfreulicher, als nachgerade auf beiden Seiten allen besonnenen Liberalen klar geworden sein dürfte, daß beide Flügel des Liberalismus dazu gehören, um den Gegner zu schlagen. Die Linksliberalen unter sich haben sich endlich verschmolzen. Ihr selbstmörderisches Wüten gegen einander war hier im Nordwesten nur an einzelnen Punkten hervorgetreten. Die große Mehrheit der Freisinnigen gehörte der Volkspartei an und blieb ihr treu. Jetzt sind diese Kämpfe zu Ende und wir haben uns nur zu hüten, daß sie nicht durch einzelne Heißsporne wieder heraufbeschworen werden. Von einer Verschmelzung der Linksliberalen mit der nationalliberalen Partei kann auch heute so wenig die Rede sein wie früher. Aber was die Not der Zeit gebietet, das ist das treue Zusammenstehen beider. Es muß schon jetzt alles zur Vorbereitung getan werden, denn im Wahlkampfe selbst kommt es sonst zu leicht zu einzelnen verbitternden Handlungen, die sofort von der anderen Seite aus erwidert werden. Die kleinen örtlichen Wahlausschüsse, die zum Teil noch in den alten Kampfgefühlen stecken, müssen bei Zeiten lernen, daß wir jetzt eine andere Aufstellung nehmen müssen. Es genügt entfernt nicht, daß die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen sich gegenseitig bei den Stichwahlen unterstützen. Dies ist selbstverständlich, aber es kann gar nicht ausgeübt werden, wenn nicht eine der beiden Parteien in die Stichwahl kommt. Bündler, Welfen, Sozialdemokraten werden alles aufbieten, um sich in die Stichwahl zu bringen. Stehen die beiden liberalen Parteien schon im ersten Wahlgang zusammen, so ist die Chance weit mehr als doppelt so groß, daß ihr gemeinsamer Kandidat in die Stichwahl kommt und hier hat er dann die sicherste Aussicht, Unterstützung entweder von rechts gegen die Sozialdemokraten oder von letzteren gegen die Bündler zu erhalten. Dieses Verfahren ist umso notwendiger, als mit Ausnahme der wenigen Wahlkreise, wo Zentrumskandidaten eigene Aussicht haben, die Ultramontanen gleich im ersten Wahlgang für die Bündler stimmen werden.

Krieg oder Frieden im Baugewerbe.

Zu den Kämpfen im Baugewerbe um den neuen Arbeitstarif schreibt die „Soziale Praxis" treffend: „Krieg oder Frieden im Baugewerbe? Das ist jetzt die beklemmende Frage, von deren Beantwortung nicht nur das Wohl und Wehe von Hunderttausenden in den Bauunternehmer- und Bauarbeiterfamilien abhängt, sondern die auch Gedeihen oder Lähmung aller Bauhilfsgewerbe — Eisen-, Stein-, Erden-, Holzindustrie, Maler-, Dachdecker-, Schlosser-, Rohrlegergewerbe usw. —, die Möglichkeit der Ausführung öffentlicher Bauten und neuer gesunder Wohnräume entscheidungsschwer in sich birgt. Man schätzt, daß in Groß-Berlin allein etwa 1/4 Million Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Existenz auf ein blühendes Baugewerbe unmittelbar oder mittelbar angewiesen sind. Man kann sich darnach leicht ein Bild machen, was für ein Maß von Kauf- und Steuerkraft durch das Baugewerbe geschaffen oder, falls das Gewerbe darniedergeworfen wird, mit ihm zerstört wird. Arbeitslosigkeit und Armennot in bedenklicher Häufung und zersetzender Schärfe werden sogar heraufbeschworen, wenn die Baupläne veröden und die „Saison" unfruchtbar in verbitternden Kämpfen, statt in freudigem Schaffen vertan wird. Um alles dies und nichts Geringeres handelt es sich bei den drohenden Entscheidungen über die Kriegserklärung im Baugewerbe, die in den nächsten Wochen fallen sollen. Sind das etwa noch privatwirtschaftliche Fragen, die hier zwischen Unternehmern und Arbeitern des Baugewerbes zum Austrag gebracht werden, oder stehen nicht vielmehr große volkswirtschaftliche und staatspolitische Interessen in Gefahr, die kein Staatsmann ohne schwere Pflichtverletzung aus dem Auge lassen und mit fatalistischem Gleichmut dem verhängnisvollen Hader der Parteien als Spielball bis zur blinden Zerstörung überlassen darf?

Die Frage stellen heißt sie auch beantworten. Anscheinend aber haben sich unsere verantwortlichen Minister weder in Preußen noch im Reiche diese Frage bisher ernsthaft gestellt, sonst hätte von ihrer Seite doch irgend ein Versuch geschehen müssen, um das unaufhaltsam näher rückende Verhängnis, soweit es an ihnen ist, abzuwenden. Nichts verlautet darüber. Und doch haben sowohl der preußische Handelsminister bei den Beratungen über den Zechenarbeitsnachweis wie der Staatssekretär des Innern bei den Reichstags-

Feuilleton.

Englisch.

Reisenotizen.

Von **Hermann Bahr.**

Wir sind in Sandwich, ein paar Meilen östlich von Dover. In der berühmten Golf-Gegend. Rund um das einsame Hotel herum wird den ganzen Tag Golf gespielt, das englischeste Spiel. Und vor uns das Meer, weiß an den braunen Strand schäumend, während es draußen, wo der Rauch der Dampfer vorüber zieht, allmählich violett wird. Bis es endlich am Horizont sich in den aschblau verblassenden Himmel verliert; und in der Bucht schreien die weißen Klippen. Ewig gleiten die Wellen gischend in den glitzernden Sand, ewig zieht draußen der lange, schmale, schwarze Rauch vorbei, ewig springt aus der verschleierten Luft das Kreideweiß der klimmenden Klippen auf. Und sonst kein Laut rings. Den ganzen Tag nichts als das Gleiten aufbrechender Wellen, der ferne Zug enteilender Schiffe, und das schreiende Weiß, das den feinen blassen Dunst zerreißt. Diese wogende Stille rings, immer mit diesem einzigen ungeheuren Schrei darin, ist so seltsam: beschwichtigend, ja betäubend und zugleich erregend, halb ängstigend, halb erlösend, immer quälend beglückend. Die Zeit scheint still zu stehen, Ewigkeit anzubrechen; und das beklommene beschwingte Herz ist zwischen Bangigkeit und Verzückung irre.

In solcher Stunde ratlos gesteigerten, in Sehnsucht versinkenden, ruhig bewegten Empfindens, das sich in seiner tiefen Einsamkeit plötzlich überall von tausend schallenden Erinnerungen umringt sieht, will ich nun in meinen Londoner Notizen ein bißchen Ordnung machen. Fünf Wochen war ich dort. Es sind fünf Wochen eines einzigen großen Staunens gewesen. Vor allem deshalb, weil ich keine andere Stadt je gesehen, die so sehr durchaus als ein lebendes Wesen, als Persönlichkeit wirkt. Die anderen sind wie Bühnen, mit besseren oder schlechteren Prospekten und Kulissen, aber der Mensch, der dann darin auftritt, ist die Hauptsache; man kann sich ihn zur Not auch mit anderen Kulissen denken, in allen Städten, die ich sonst kenne. Hier nicht. Denn zu dieser Stadt gehören ihre Menschen so, wie ein Baum seinem Boden gehört; wie auf einem Velasquez ein Mensch und seine Luft dasselbe sind, so steht der Mensch hier in den Straßen, und jedes Haus ist ein Stück von ihm und er ein Teil der Straße, und er braucht die Stadt, wie die Stadt ihn braucht, denn beide zusammen sind erst das, weswegen die Stadt ist und weswegen der Mensch ist; so sehr brauchen sie sich, diese Menschen und diese Stadt, wie die rechte Hand die linke braucht, ohne die sie ja nicht die rechte wäre. Diese Stadt ist wie die Haut dieser Menschen; und diese Menschen sind wie ein Ausschlag dieser Stadt. Diese Stadt haucht diese Menschen und Häuser und Straßen aus, sie sind alle nur ein einziger großer Atemzug dieser Stadt; sie ist viel stärker als alle Menschen zusammen in ihr, und ihre Kraft ist es, durch die jeder einzelne Mensch hier stark ist: von ihr wird jeder bewegt, keinen kann man sich ohne sie denken, und jeder ist nur so viel wert, als er von ihr enthält. Auf dieser Gebundenheit an irgend ein mystisch in ihm wirkendes, über ihm waltendes Wesen von unbegreiflich hoher Art, eben an seine Stadt und an sein Land, beruht des Engländers Freiheit.

Vor dieser englischen Freiheit steht einer vom Kontinent täglich wieder mit neuem Erstaunen, wie vor einem Wunder. Ja, er hat hier das Gefühl, Freiheit, wovon ihm bisher nur der seltsame Klang des lockenden Namens bekannt gewesen, nun zum ersten Mal zu erblicken. Nicht nur dem Deutschen ergeht es so. In romanischen Ländern kommt ja Freiheit vor, aber sozusagen nur als ein Strandgut, irgendwie hergeschwemmt; und wer seinen Anteil haben will, muß sich ihn jeden Tag wieder mit neuer Verwegenheit erst erbeuten; sie ist eine Angelegenheit des persönlichen Muts, jeder hat in den romanischen Ländern so viel Freiheit, als er sich herauszunehmen Kraft hat. Sie beruht dort auf der Persönlichkeit, wie das Talent; und sie besteht dort darin, daß der eine oder der andere stärker ist als der Zwang der von außen auf ihn eindringenden Staatsgewalt. Die englische Freiheit besteht darin, daß es keinen Zwang gibt. Es gibt keinen Zwang in England, weil es keine Staatsgewalt im kontinentalen Sinn gibt, nämlich keine von den einzelnen separierte, gegen sie mißtrauische, sie fortwährend argwöhnisch überwachende Staatsgewalt, die von der Nation getrennt lebt und sich immer wieder gegen die Nation erst durchzusetzen hat. Solche Staatsgewalt im kontinentalen Sinn gibt es in England nicht, weil sie hier nicht nötig ist. Denn das Gesetz braucht hier keinem erst von außen aufgedrängt zu werden, weil es jeder in seiner eigenen Brust trägt. Man spricht bei uns immer von des Engländers Achtung vor dem Gesetz, aber ich habe gefunden, daß er gar nicht so sehr das Gesetz achtet als vielmehr nur sich selbst, das Gesetz aber bloß so weit, als er darin seinen eigenen Ausdruck findet; es braucht hier keinem aufgezwungen zu werden, weil es nur das will, was er, wenn er sich auf seinen innersten eigentlichen Willen besinnt, selbst will, denn im Innersten wird jedes Engländers eigentlicher Wille von dem geheimnisvollen Grundwesen seiner Nation aus bestimmt. Daher kann Freiheit hier mehr als eine bloße Fechterstellung sein. Sie ist das Eigentum eines jeden, das ihm so gehört wie sein Haus und Grund und worin es ihm wohnlich ist. Auf dem Kontinent ist sie immer nur eine Negation; wer einmal von der Polizei nicht belästigt wird, glaubt schon frei zu sein. Hier ist sie was ganz Positives und voll Inhalt: sie gewährt dem Engländer die Selbstbestimmung und sichert ihm zu, mit seinem eigenen inneren Gesetz auszukommen, ohne von außen erst an der Hand durchs Leben geführt zu werden.

Auch die Kraft, in der hier alte Sitten stehen, die Achtung vor dem Herkommen, die Fügung in die Gewohnheiten des Landes kommen aus der englischen Freiheit her. Wenn jeder das Recht haben soll, ungestört durchaus sich „auszuleben" (das Wort hat durch Mißbrauch bei uns allmählich einen üblen Geschmack bekommen, sagt aber doch sehr gut, was hier jeder kann und bei uns niemand: nämlich sein eigenes Wesen bis in alle Folgen hinein fortsetzen), so muß irgendwie dafür gesorgt sein, daß die Freiheit des einen nicht die des anderen kreuzt. Darum läßt der Engländer jedem durchaus seine persönliche Art, verträgt es aber nicht, wenn irgend eine solche persönliche Art von irgend einem für die allgemein richtige ausgegeben wird, worin er schon einen Eingriff in die Freiheit sieht. Das unterscheidet ihn so sehr von den Romanen, die alle geborene Jakobiner sind: jeder Romane will mit Feuer und Schwert die ganze Welt zu seiner eigenen Lebensart bekehren; die romanische Freiheit ist unduldsam. Dem Engländer liegt nur daran, selbst so sein zu können, wie er es zum eigenen Gebrauch für richtig hält; er legt keinen Wert darauf, von sich aus die Welt zu verbessern. Kann er nur selbst sich selbst gemäß denken und fühlen und handeln, so fragt er nach dem Denken und Fühlen und Handeln der anderen nicht, er will gar nicht die Menschheit uniformieren. Es genügt ihm, bei sich ein Eigener zu sein, aber es ist ihm ganz unwichtig, ob die anderen das bemerken; ja eigentlich mag er das gar nicht: er hütet sein eigenes Wesen mit solcher Eifersucht, daß er den anderen nichts davon zeigen will. Während bei uns Menschen von mittlerer Art im Gespräch darauf erpicht sind, sich besonders darzustellen, „anders als die anderen", und sich vor allem immer einer eigenen Meinung befleißigen, behält der Engländer diese für sich und kehrt den Mitmenschen nur geläufige Redensarten zu: teils um sich allein den köstlichen Besitz seiner Eigenheit zu bewahren, teils um die Freiheit des anderen zu schonen. Daher die Strenge der englischen Sitten, deren Sinn die Deutschen, und gar die Franzosen, so schwer verstehen können. Die Form ist dem Engländer ein Versteck, worin er seine Freiheit ungestört genießen und die Freiheit der anderen ertragen kann. Eine sehr kluge Engländerin hat mir über Oskar Wilde gesagt: Er hätte ganz unbehelligt seinen Neigungen folgen können, wir hätten ihm seine Laster nicht verargt, aber er wollte ein Prinzip daraus machen, dagegen mußten wir uns wehren! Und ich erkläre mir auch den englischen Aerger über Bernard Shaw ebenso: nicht seine Meinungen verdenken sie ihm, sondern daß er seine Meinungen für die richtigen hält und zu allgemeinen Meinungen erheben will; dagegen empört sich die englische Freiheit, denn hier besteht der einzelne mit solchem Trotz auf seinem eigenen Kopf, daß er ihn eigentlich nicht einmal der allgemeinen Vernunft unterwerfen will.

Diese grenzenlose englische Freiheit ist nur möglich bei so fest und tief im Ganzen ihrer Nation wurzelnden Menschen; der Engländer kann bis zur Willkür frei sein, weil er sich doch immer im Herzen seiner Stammesart verankert weiß. Aber auch so wäre sie noch unerträglich ohne die ruhige Form, in der der Einzelne den Trotz seiner Eigenheit verbirgt, zur Sicherung seiner selbst und der anderen; man kann hier excessiv persönlich sein, weil man es immer nur für sich ist, weil man niemals aggressiv persönlich ist. Während in den romanischen Ländern immer die Gefahr ist, daß jeder seine eigene Art von Freiheit nun auch allen anderen aufdrängen will und durch seine besondere Freiheit alle allgemeine Freiheit zu vernichten droht. Diese jakobinische Gefahr, die hier Puritanismus hieß, ist von England abgewehrt worden durch den höchst kunstvoll in die Nation eingebauten Damm der Sitte, auf dem sich jeder Engländer immer wieder von den Paroxysmen seiner Freiheit ausruhen kann.

Und dann wird die englische Freiheit noch gemildert und immer wieder korrigiert durch des Engländers leidenschaftliche Selbstkritik. Es gibt keine Nation, die heftiger stets das Höchste von sich fordert, sich grimmiger erkennt, gieriger nach Besserung verlangt. An solchen merkwürdigen Engländern à rebours wie Matthew Arnold, Samuel Butler oder Gilbert K. Chesterton fällt einem das nur besonders auf, aber eigentlich hat das jeder in diesem Land, daß er niemals den Tag abschließen kann, ohne noch still vor seinem eigenen Gewissen Gericht zu halten über sich selbst und daraus eine neue Pflicht zu ziehen für den nächsten Tag. Der Engländer hat einen so hohen Begriff von sich, daß er ihn niemals befriedigen kann; darum ist er sich nie gut genug und beruhigt sich nie mit sich. In meiner Heimat hört man immer alle sagen: „Gott, was wollen's denn von uns armen Oestreichern?" Und damit wird alles beschönigt und alles verziehen. Es gibt keinen Engländer, der einer solchen mitleidigen Toleranz sich selbst gegenüber fähig wäre. Jeder hat hier den Hochmut, sich selbst zuzumuten, daß er das Beste von sich verlangen

verhandlungen über Tarifverträge und Arbeitskammern ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt, als Vermittler in sozialen Kämpfen den Parteien jederzeit gern die Hand zu reichen. Freilich, bei den Verhandlungen des Malergewerbes schon ist der von den Parteien begehrte Geheimrat Wiedfeldt vom Staatssekretär für das Schiedsrichteramt nicht freigegeben worden, und beim Mansfelder Bergarbeiterstreik hat Handelsminister Sydow seine Hände in Unschuld gewaschen. Damals aber konnten die Minister ihre ablehnende Haltung mit besonderen geschäftlichen Gründen oder sachlichen Erwägungen rechtfertigen. Wo aber liegen heute die besonderen Hinderungsgründe, die den Staatssekretär abhalten, im Baugewerbe den Parteien, die nicht mehr aus und ein wissen und ihre Verhandlungen auf dem toten Geleise festgefahren haben, als Friedenshelfer entgegen zu kommen? Haben die Parteien nicht in monatelangen Bemühungen den redlichen Willen zur Verständigung und das Vertrauen zum friedlichen Einigungsverfahren auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung bekundet, so daß also der Boden für vermittelndes Eingreifen von oberster Stelle fruchtbar vorbereitet ist? Der Herr Staatssekretär darf nicht erwarten, daß eine der Parteien ihn selbst als Mittler oder Schiedsrichter anruft, weil solche Friedenshandlung der anrufenden Partei allzuleicht als Schwäche ausgedeutet werden könnte; solchem Verdacht der Schwäche aber wird sich eine Partei bei der gegenwärtigen Sachlage im Baugewerbe nicht leicht aussetzen wollen.

Der Staatssekretär muß von sich aus das Eis der stolzen Zurückhaltung zerbrechen, muß den Parteien in freundschaftlicher Zusammenkunft den goldenen Mittelweg zur Nachgiebigkeit und zur gegenseitigen Aufrechnung ihrer zahlreichen Forderungen finden helfen und ihnen eindringlich die Verantwortung für den unermeßlichen Schaden zum Bewußtsein bringen, die sie mit einem plumpen und für keinen Teil aussichtsvollen Kampf um die rohe Macht auf sich laden würden. Die bisher private Auseinandersetzung zwischen den baugewerblichen Parteien würde durch das Eingreifen des Staatssekretärs auch äußerlich zu dem Range einer Angelegenheit von ernstester öffentlicher Bedeutung, der ihr ihrem Wesen nach zukommt, emporgehoben und den Parteien damit das Gewissen geschärft werden, daß sie bei der Entscheidung nicht nur an sich, sondern auch an die Gesamtheit zu denken haben. Kommt es ohne das Eingreifen des Staatssekretärs zum Vernichtungskampf im Baugewerbe, so wird die Oeffentlichkeit den Staatssekretär, der nicht rechtzeitig vorzubeugen suchte, als mitschuldig anklagen. Erfüllt die Regierung aber ihre Vermittlerpflicht — denn wer wäre außer ihr in diesem über Dutzende von Gewerbegerichtsbezirken ausgedehnten Zwist dazu berufen? —, so kann selbst ein Mißerfolg ihr die Anerkennung nicht rauben, daß sie das Ihre nach besten Kräften getan. Dann kommt die volle Schuld auf das Haupt der Partei, die sich unversöhnlich zeigte, und sie wird es erleben, wie ein sozialer Kampf ohne die Sympathien der Oeffentlichkeit trotz aller Machtrüstungen sich letzten Endes als ein unfruchtbares Beginnen herausstellen wird. Noch aber ist es Zeit, den Kampf überhaupt zu verhindern. Möge nur der Staatssekretär seine fördernde Hand den Friedensbestrebungen rechtzeitig leihen!"

Eine Hansa-Woche.

Man schreibt uns:

In der Ausschußsitzung des Hansabunds regte der stellvertretende Landesvorsitzende für Baden, Herr Stadtrat Koelsch-Karlsruhe die Abhaltung einer großen Demonstrationsversammlung des Hansabundes nach Art der Generalversammlung des Bundes der Landwirte an. Wenn auch diese Veranstaltung, deren Notwendigkeit sich sehr bald erweisen wird, noch nicht zur Ausführung kommt, so liegt es doch im Sinne dieser Anregung, daß eine Reihe bedeutender gewerblicher Körperschaften in diesem Jahre ihre Veranstaltungen auf wenige Tage zusammengedrängt haben, wodurch die Beteiligung weiterer Kreise von Handel und Gewerbe ermöglicht wird. Am 12. April findet eine Ausschußsitzung des Deutschen Handelstages, eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller und eine Sitzung des Verkehrsausschusses des Handelsvertragsvereins statt, am 13. und 14. April die Vollversammlung des Deutschen Handelstags, am 14. April eine vom Handelstag veranlaßte große Versammlung von Kolonial-Interessenten, bei der Staatssekretär Dernburg über Baumwollfragen spricht, und eine außerordentliche Hauptversammlung des Zentralvereins für Binnenschiffahrt, endlich am 15. April eine Konferenz des Hansabundes. Während der Zentralverband deutscher Industrieller, der Handelstag und der Hansabund sich in der Hauptsache mit sozialpolitischen Gesetzentwürfen, vor allem der Reichsversicherungsordnung beschäftigen, daneben der Deutsche Handelstag mit der Fernsprechgebührenordnung, wird der Handelsvertragsverein u. a. zu den Schiffahrtsabgaben und der Zentralverein für Binnenschiffahrt zum Schleppmonopol Stellung nehmen. Es ist anzunehmen, daß schon dieses Aufgebot von Delegiertenversammlungen eine eindrucksvolle Kundgebung der in ihnen vereinigten Kreise von Handel, Industrie und Verkehr zustande bringen wird. Noch wirksamer nach außen hin jedoch wäre zweifellos die Veranstaltung einer Massenversammlung des Hansabundes zu Beginn oder am Schluß der Hansawoche.

Mittelstands-Retter.

St **Düsseldorf**, 24. März. Die hiesige Mittelstandsvereinigung hat in den letzten Jahren viel von sich reden gemacht. Die Seele der Bewegung war von Anfang an Herr Rechtsanwalt Stocky, der schon als Referendar die Geschäfte der Vereinigung geführt hat. Herr Stocky, der politisch ein eifriger Anhänger der Zentrumspartei war und sich innerhalb der Partei besonders der Leitung des Windthorstbundes widmete, suchte die Mittelstandsvereinigung auf einen parteilosen Boden zu stellen und er trennte sich deshalb bald von der Raharditschen Bewegung, weil diese den Konservativen zuzuneigen schien und auch wegen der von dieser Richtung befürworteten Aufnahme der Beamten, die von Stocky bekämpft wurde. In den ersten Jahren wurde nun mit Volldampf gearbeitet, großartige Pläne wurden aufs Tapet gebracht, eine Zeitung begründet, eine großangelegte Rabattsparvereinigung ins Leben gerufen, welche mit der „schwarzen Rabattmarke" ganz Düsseldorf überschwemmte; eine Gewerbebank wurde geplant, eine „wissenschaftliche Abteilung" eingerichtet, und noch viel weitschichtigere Dinge wurden erwogen. Eine zeitlang beherrschte die Mittelstandsvereinigung sogar das politische Leben, denn Herr Stocky verstand es, sowohl das Zentrum als auch die Liberalen sich tributpflichtig zu machen, bei den kommunalen Wahlen präsentierte er beiden Parteien Kandidatenlisten, aus denen im Laufe der letzten fünf Jahre ein halbes Dutzend Stadtverordnete hervorgegangen sind. Auch die Presse suchte der Leiter der Mittelstandsvereinigung unter seine Fuchtel zu bekommen, was indessen nach längerem Zuwarten durch das Zusammenstehen der hiesigen Zeitungen endgültig verhindert wurde. Vor stark einem Jahre begann dann die Herrlichkeit abzubröckeln; ein energischer Widerstand erster Geschäftsleute gegen das Rabattmarkensystem, aus dem die Mittelstandsvereinigung ihre finanzielle Kraft sog, erfaßte weitere Kreise; der Vorsitzende der Vereinigung stolperte über die Reichsfinanzreform, die seine Partei geschaffen hatte, als die Steuerbehörde große Kaffeelager entdeckte, die er der Versteuerung entziehen wollte. Dann revoltierten einige Vorstandsmitglieder gegen Herrn Stockys autokratisches Regiment und in der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung brach dann der Sturm los. Es ergab sich, daß die Vereinigung eine Unterbilanz von 32,000 Mark hatte, aber diese konnte auch erst festgestellt werden, nachdem die Generalversammlung eine Revisionskommission gewählt hatte, die in einer zweiten Versammlung am vorigen Dienstag Bericht erstattete. Die Zeitung allein hat einen Verlust von 24 000 Mark. Die Gehälter sind von 10 188 Mark im Jahre 1907 auf 30 313 Mark im Jahre 1909 gestiegen, die gesamten Geschäftsführungskosten von 15 500 auf 46 763 Mark in denselben zwei Jahren. Die persönlichen Verhältnisse innerhalb der Vereinigung mag der folgende Vorfall kennzeichnen. Neben Herrn Stocky arbeitet als Geschäftsführer der ehemalige Schlossermeister Philipp Kriegers, ebenfalls ein enragierter Vorkämpfer des Zentrums. Nach der ersten Versammlung vor etwa drei Wochen schrieb Herr Stocky an seinen krank darniederliegenden Redakteur einen Brief, worin er sich in der schroffsten Weise über seine eigenen Parteigenossen, die ihn in der Versammlung angegriffen hatten, ausließ und von „Bande" und „fanatischen Zentrumsleuten" sprach. Diesen Brief stahl ihm jemand aus seiner Mappe und Herr Kriegers, sein Kollege, verbreitete ihn in zahlreichen Abschriften — nach vorheriger Rücksprache mit einigen Parteifreunden — unter den dem Zentrum angehörigen Mittelstandsleuten. Man kann sich denken, welchen Sturm der Brief erregte und daß es in der sich bis zwei Uhr nachts ausdehnenden Versammlung sehr stürmisch zuging. Ein liberales Mitglied griff Herrn Kriegers mit sehr scharfen Worten wegen seiner Operation mit dem entwendeten Briefe an, aber Herr Kriegers drohte öffentlich mit „Enthüllungen" und mit der Einberufung einer öffentlichen Volksversammlung. So gab es denn zum Schluß eine „Versöhnung", die aber den tiefen Riß wohl nur für Tage überkleistern kann, denn ein Zusammenarbeiten des Herrn Stocky mit Herrn Kriegers nach diesen Vorgängen und ein Flottmachen des wirklich verfahrenen Karrens ohne gründliche Reorganisation des ganzen Betriebes ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Nutzbarmachung der bayerischen Wasserkräfte.

□ **München**, 24. März. Das Ministerium des Innern hat dem Landtage neuerdings eine Denkschrift zugestellt, in der die Entwicklung der Frage des Ausbaues der Wasserkräfte in den Jahren 1908 und 1909 dargestellt wird. Wir erfahren aus der Denkschrift, daß am 1. April 1908 eine besondere Abteilung der Obersten Baubehörde für Wasserkraftausnützung ins Leben getreten ist, der die Lösung der technischen Aufgaben zugeteilt ist, Entwürfe für staatliche Wasserkräfte aufzustellen, die Privatunternehmungen mit Gutachten zu unterstützen usw. Der Einrichtung dieser Abteilung folgte im November des gleichen Jahres die Bildung eines Wasserwirtschaftsrats, der sich aus 30 Mitgliedern, die verschiedenen Berufskreisen angehören, zusammensetzt. Er ist als freier Beirat der Regierung gedacht. Weiter erfährt man aus der neuen Denkschrift, daß nach wie vor an eine förmliche Monopolisierung der staatlichen Wasserkräfte nicht gedacht wird. Der Ausbau der Wasserkräfte durch den Staat erfolgt nur für Einführung des elektrischen Betriebs auf geeigneten Bahnlinien (bekanntlich macht das Kriegsministerium einer allgemeinen Elektrifizierung aus strategischen Gründen vorerst noch Schwierigkeiten) und in geringerem Maße für sonstige staatliche Zwecke, wie zum Betriebe staatlicher Berg- und Hüttenwerke. Die übrigen Kräfte werden an Gemeinden, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe „zu billigen Preisen" abgegeben. Was die Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften oder Aktiengesellschaften betrifft, woran sich Staat, Kreise, Distrikte und Gemeinden nach dem Vorbilde belgischer Kleinbahnen beteiligen könnten, so bestehen dagegen bei der Regierung wie beim Wasserwirtschaftsrat allerlei Bedenken. Bis auf weiteres sollen Privatindustrie, Gemeinden und genossenschaftliche Körperschaften mit dem selbständigen Ausbau vorgehen; die Regierung will die einzelnen Projekte nur durch entgegenkommende Bedingungen fördern. Die Gemeinden, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft verlangen vor allem Versorgung mit elektrischem Strom. Voraussetzung der Erfüllung dieser Wünsche ist die Teilnahme von Großabnehmern, der größeren Städte und der Industrie. Vorerst nimmt indes die Industrie noch eine zurückhaltende Stellung ein. Zur Frage der Ueberlandzentralen, die Elektrizitätsfirmen jetzt projektieren, nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß die betr. Verträge mit den Gemeinden dem Ministerium des Innern vor Abschluß vorgelegt werden und Kreise, Distrikte und größere Gemeinden an dem Ausbau größerer Wasserkräfte gemeinsam teilnehmen und die Preisbildung mitbestimmen. Die Beteiligung des Staates an solchen Unternehmungen soll grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein. Von den Ueberlandzentralen interessieren gegenwärtig am meisten der Ausbau der unteren Lechkräfte für die Versorgung der Städte Nürnberg, Fürth und deren Nachbarschaft und der Ausbau der unteren Isar zur Versorgung von Niederbayern und eines Teils der Oberpfalz mit elektrischem Strome. Zum Schlusse beschäftigt sich die Abhandlung der Regierung auch mit den Wasserkräften der Alz und den Schwierigkeiten, die Oesterreich macht, und den staatlichen Projekten betr. das Saalachkraftwerk bei Reichenhall und das Walchenseekraftwerk und bringt ein Verzeichnis der untersuchten Gefällstufen, die für die Industrie usw. ausnutzbar sind und die darum Privatunternehmungen besonders interessieren dürften.

Wieder ein Friedhofstreit.

Q **Aus der Pfalz.** Auf dem Friedhof der Gemeinde Frankenholz, Pfarrei Höchen, haben die Toten beider Konfessionen bisher friedlich nebeneinander geruht. Der Friedhof soll jetzt erweitert werden. Aus diesem Anlaß hat das katholische Pfarramt Höchen beim Gemeinderat in Oberbexbach-Frankenholz beantragt, den Friedhof nach Konfessionen zu trennen. Wie die „Zweibrücker Zeitung" meldet, hat der Gemeinderat den Antrag mit 13 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Bürger von Frankenholz, besonders die katholischen, wollen aber von einer konfessionellen Trennung ihres Friedhofes nichts wissen und haben in einer stark besuchten Versammlung gegen den Beschluß des Gemeinderats Protest erhoben. Es wurde eine Resolution entworfen, die mit einer großen Anzahl Unterschriften versehen dem Bezirksamt Homburg vorgelegt werden soll. Der Versuch des katholischen Pfarrers, den Generaldirektor der Frankenholzer Bergwerks-Gesellschaft als den Urheber der Protestbewegung hinzustellen, wurde scharf zurückgewiesen.

× **Berlin**, 25. März. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Zentral-Vereins für deutsche Binnenschiffahrt findet hier am 14. April statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. „die Gestaltung des Schleppmonopolgesetzes für die neuen westlichen Wasserstraßen in Preußen und die Ausdehnung des Schleppmonopolbetriebs auf den Dortmund-Ems-Kanal" und „der Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Einführung des Befähigungsnachweises für Schiffsführer und Maschinisten in der Binnenschiffahrt. Der Große Ausschuß wird im Mai in Mainz eine Sitzung abhalten.

× **Hanau**, 25. März. In der Gemeinde Rüdigheim (Kreis Hanau) ist zwischen dem evangelischen Ortsgeistlichen Pfarrer Römheld und einem Lehrer, weil letzterer es unterlassen hatte, den Geistlichen bei einem Leichenbegängnis mit den Schulkindern an seiner Wohnung abzuholen, ein Konflikt ausgebrochen, der eine treffliche Illustration zu dem Kapitel „Kirchenherrschaft und Schule" liefert. Der betreffende Lehrer Koch gibt jetzt im „Hanauer Anzeiger" in einem mit seinem Namen unterzeichneten Sprechsaalartikel eine genaue Schilderung des Vorfalles, in der es u. a. heißt:

„Bevor ich die Vorgänge bei dem Leichenbegängnisse darstelle, muß ich einen älteren Fall mitteilen, den zu kennen zur Gewinnung eines objektiven Urteils nötig ist. Hier haben die Knaben der Oberklasse noch das Läuten zu besorgen. Vor Beginn des Gottesdienstes müssen sie sich am Gemeindebackhaus versammeln und auf den Lehrer warten. Ist der erschienen, hat ein Knabe beim Herrn Pfarrer zu fragen, ob geläutet werden dürfe. Der Lehrer geht mit den Kindern in die Kirche und wartet dort zuweilen 5 bis 10 Minuten, bis der Junge kommt. Der Pfarrer fragt nämlich erst seine Familienangehörigen, ob sie fertig sind, und gibt dann dem Jungen das Zeichen zum Läuten. Mein Kollege sprach zuerst dem Herrn Pfarrer den Wunsch aus, die „Sitte", daß der Lehrer mit den Kindern vormarschieren muß, in der Weise zu ändern, daß, wenn es durchaus nicht möglich ist, den Beginn des Gottesdienstes nach unserer Kirchenuhr festzusetzen, eine Junge fragt, das Kommen des Lehrers aber in dessen Belieben gestellt wird. Als auch ich nun in gleichem Sinne mit dem Herrn Pfarrer darüber sprach, erhielt ich in barschem Tone die Antwort: „Das habe ich eingeführt und es bleibt auch!" Es soll nun auch in Zukunft so bleiben; der Herr Pfarrer und die beiden Kirchenältesten haben die „Sitte" nachträglich als Presbyterialbeschluß festgelegt. — Die fragliche Beerdigung fand aus einem Nachbarhause der Schule statt. Zehn Minuten vor der festgesetzten Zeit sandte ich einen Knaben der Oberklasse zum Herrn Pfarrer mit folgendem Auftrage: Bestelle einen schönen Gruß, und weil das Leichenhaus neben der Schule wäre, wolle ich mit den Kindern den Herrn Pfarrer am Schulhause erwarten. Der Junge kam zurück und bestellte: Nach der alten Sitte solle ich den Geistlichen abholen. Ich antwortete: „Diese Sitte ist mir von früher nicht bekannt." Um aber keinen Anlaß zur Verzögerung der Beerdigung zu geben, ging ich mit den Schülern an den Fuß des Kirchberges und ließ meine Ankunft melden. Nach einer Viertelstunde wurde mir die schriftliche Aufforderung überbracht, den Herrn Geistlichen in seiner Wohnung abzuholen. Ich mußte nun den Berg hinaufgehen und dem Herrn Pfarrer die Haustüre öffnen. Die Begrüßung durch den Geistlichen bestand in den Worten: „Gehen Sie! Das weitere wird sich finden!"

Dies die Darstellung des Lehrers. Nach den Worten des Geistlichen: „Das weitere wird sich finden!" scheint dieser ja Schritte gegen den Lehrer bei der oberen Behörde zu planen. Vielleicht nimmt man dann höheren Orts Veranlassung, solche für den Lehrer demütigenden Einholungen des Geistlichen mit den Schulkindern zu dessen Amtshandlungen zu untersagen, umsomehr, als, wie es in einem Zeitungs-Artikel aus der Partei des Pfarrers heißt, diese Einrichtung auch in den benachbarten Kirchengemeinden besteht. Auch dürfte sich die vorgesetzte Behörde einmal überlegen, ob das Warten der Schüler am Gemeindebackhaus für diese gesundheitsfördernd ist.

s **St. Ingbert**, 26. März. Eine gestern in Homburg (Pfalz) abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner für den 4., 5. und 6. pfälzischen Wahlkreis beschloß die Herausgabe eines zweiten pfälzischen sozialdemokratischen Parteiorgans ab 1911 mit dem Titel „Die pfälzische Post" und mit dem Sitz in Kaiserslautern.

* **Hannover**, 25. März. Zur Fortschrittlichen Volkspartei, Ortsverein Hannover-Linden vereinigten sich heute die in Hannover-Linden bestehenden beiden linksliberalen Vereine. Nach den Landtagswahlen sprach Postsekretär Barteld über die politische Lage. Er kritisierte die Wahlrechtsvorlage, die Reichsfinanzreform und die Zoll- und Wirtschaftspolitik und behandelte sodann die Stellung zu den neuen wirtschaftspolitischen Verbänden bilden: Hansabund, Bauernbund und Bund der Festbesoldeten sowie zu den anderen Parteien. Namentlich die Stellungnahme zur nationalliberalen Partei und zur Sozialdemokratie rief eine sehr lebhafte Aussprache hervor. Dem Abg. D. Naumann wurde zum 50jährigen Geburtstage ein Glückwunschtelegramm übersandt.

g **Stuttgart**, 26. März. In dem Artikel „Die Landesjahrstagung des Württembergischen Landtags", im Abendblatt vom 24. März, muß es im zweiten Abschnitt heißen: „Da die Kommission der Abgeordnetenkammer bei den Ortsbaustatuten, in denen es sich um Erhebung ähnlicher Gebühren handelt, dem Ministerium das Genehmigungsrecht vorbehalten hat, so wird die Erste Kammer starres Festhalten an ihren Beschlüssen nicht verantworten können."

Deutsche Schutzgebiete.

Eine Petition der samoanischen Pflanzer für Selbstverwaltung.

Der Pflanzer-Verein von Deutsch-Samoa hat in einer Petition an den Reichstag die Einführung der Selbstverwaltung der Kolonie beantragt.

In der Petition wird u. a. ausgeführt:

Die überwiegende Mehrzahl der weißen Bevölkerung ist heute der Ansicht, daß zur Zeit in Samoa höchst ungesunde Verhältnisse herrschen, und daß die Maßnahmen, die seitens der deutschen Verwaltung getroffen worden sind, vielfach geeignet waren, bezw. sind, die Existenz zahlreicher Ansiedler zu erschweren oder geradezu zu bedrohen und die Fortentwicklung des Schutzgebietes hintanzuhalten. Wenn Samoa sich selbst erhalten soll, — was es will und kann — so muß man ihm auch das Recht zugestehen, sich selbst zu verwalten. Selbsterhaltung und Selbstverwaltung sind zwei Forderungen, die sich gegenseitig bedingen. Da Samoa sich bereits vor der Flaggenhissung, zur Zeit des Municipalitätsrates selbst erhalten und verwaltet hat, und da damals unter der Selbstverwaltung mit sehr geringen Mitteln sehr viel Gutes und Segensreiches geschaffen worden ist, dessen sich ältere Ansiedler noch immer mit Genugtuung erinnern, so ist der Beweis erbracht, daß eine Selbstverwaltung in Samoa möglich und nützlich ist. Der jetzige Zustand ist für einen mündigen Staatsbürger beschämend. Er darf zwar die nötigen Gelder aufbringen, darf aber nicht bestimmen über deren Verwendung, ja erfährt nicht einmal etwas davon.

Der Gouvernementsrat, der ja nur beratende Stimme hat, besteht zur Zeit außer den amtlichen Mitgliedern aus fünf Pflanzern, zwei weiteren Pflanzern, die nebenbei Interessen in Handelsgeschäften haben, und einem nicht Deutsch sprechenden Kaufmann. Um die Ernennung dieser außeramtlichen Mitglieder sind die Mitglieder der Kaufmannschaft nicht befragt worden. Der Gouvernementsrat, dessen Befugnisse überhaupt nicht hoch angeschlagen werden können, repräsentiert in seiner jetzigen Gestalt nicht den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, ja, man kann sagen, daß er lediglich den Willen einer bestimmten Interessentengruppe zum Ausdruck bringt, deren Interessen denen der übrigen die große Mehrheit der Bevölkerung bildenden Ansiedler meistens gerade zuwiderlaufen.

Das Organ einer Selbstverwaltung sollte ein von den weißen Bewohnern des Schutzgebietes periodenweise zu wählender Gouvernementsrat sein, der in öffentlichen Sitzungen tagt, und der in wichtigen Gebieten der Verwaltung beschließende, in Eingeborenensachen beratende, vor allem aber beschließende Stimme hat bei Aufstellung und Genehmigung des Etats. Es wird naturgemäß sein Bestreben sein, da ja alle Gelder in Samoa aufgebracht werden müssen, einerseits alle zur Entwicklung des Landes dienlichen Ausgaben zu bewilligen, andererseits aber möglichst sparsam zu wirtschaften. Von der Selbstverwaltung in geschilderter Form versprechen wir uns Vieles, ja geradezu Alles. Zunächst würde durch eine Selbstverwaltung die eingehende, viel Arbeit und Beamtenpersonal erfordernde Kontrolle und Bewirtschaftung des Schutzgebietes seitens der heimischen Behörden zum größten Teil fortfallen. Den fern in der Heimat sitzenden Behörden, die nur Berichte der obersten Beamten, eventuell auch des Gouvernementsrates sehen, die aber die wirkliche Meinung der Bevölkerung nicht hören, muß naturgemäß die genaue Kenntnis der Verhältnisse, die sich auch vielfach noch schnell ändern, abgehen. So werden oft nötige Mittel verweigert, unnötige gewährt und dadurch Mißstände hervorgerufen, die überflüssige, zeitraubende und kostspielige Arbeit verursachen. Vor allem aber ließen sich die Verwaltungskosten bedeutend verbilligen.

Das Schutzgebiet hat jetzt bei einer rund 435 Köpfe zählenden weißen Bevölkerung 38 weiße Gouvernementsbeamte ausschließlich der 3 Postbeamten; im Jahre 1902 hatte es bei einer ungefähr gleich großen Bevölkerung 20 und vor der Besitzergreifung unter der Verwaltung des Munizipalitätsrates war die Zahl noch weit geringer. Für Beamtengehälter wird beinahe die Hälfte des ganzen Etats verbraucht, nämlich etwa 260 000 Mark. Nach Ansicht fast aller Ansiedler ist ein so großer Beamtenapparat für Samoa nicht nötig, im Gegenteil schädlich, da er vielfach der Bevölkerung das Leben unnötig erschwert. Außerdem könnte man unter einer Selbstverwaltung viele der unteren Stellen mit Leuten aus dem Schutzgebiet besetzen, die einmal die größere Kenntnis des Landes für sich haben und zum anderen erheblich billiger sind. Endlich könnten die Dienstperioden in dem gesunden Samoa sehr wohl von 3 auf 5 Jahre verlängert werden. Jetzt ist die Lage so, daß von den 38 Beamten im Jahre durchzirka ein Viertel auf Urlaub sind, mit großen Reisespesen und mit ihrem recht hohen Tropengehalt. Bei Bestehen einer Selbstverwaltung würden auch die fast alljährlichen, langen Urlaubsreisen des obersten Beamten des Schutzgebietes [illegible]

---

muß. Darum ist er niemals mit sich zufrieden. Darum empfindet er jede fremde Leistung wie einen Vorwurf. Darum fühlt er sich immer von allen Seiten bedroht. Nicht mehr der Erste zu sein in der Welt, wäre ihm eine unerträgliche Beschämung. Daher dieser fortwährende Argwohn gegen sich selbst, von dem alle Engländer besessen sind. Der Hochmut macht sie bescheiden, ihr Argwohn macht sie produktiv, und sie bleiben die Ersten in der Welt, weil sie's nie glauben wollen, es zu sein.

Unbekannte Briefe von Berthold Auerbach und Jeremias Gotthelf.

Aus den Tagen der Revolution von 1848.

Die Wiener März-Revolution des Jahres 1848 hatte namentlich unter den deutschen Schriftstellern die frohesten Erwartungen erregt. Die rasche Erteilung der wichtigsten Rechte, vornehmlich die Aufhebung der Zensur, dieser brutalsten Institution des vormärzlichen Oesterreich, mußte bei allen liberalen Literaten berechtigtes Frohgefühl auslösen. Nicht nur in Wien begrüßte man die Beseitigung der Zensur auf das lebhafteste, die Schriftstellerwelt ganz Deutschlands beteiligte sich ebenso begeistert an dem allgemeinen Freudentaumel. Berthold Auerbach war einer der ersten, der für Oesterreich und seine Literatur von der Beseitigung des absolutistischen Polizeistaates das Höchste erwartete und nicht zögerte, seinen Frühlingsträumen beredten Ausdruck zu geben. An Josef Rank, den tüchtigen Erzähler, der namentlich Geschichten und Gestalten aus dem Böhmerwald mit viel Glück darstellte und den mit Auerbach schon wegen der Aehnlichkeit ihrer Erzählungskunst und der gewählten Sujets warme Freundschaft verband, schrieb er im Anfang April 1848 einen flammenden Brief über die Unterdrückung des deutschen Volkstums durch die Polizeigewalt. Dieser Brief ist ein interessantes Dokument, das Auerbachs politische Auffassungen sehr wirksam charakterisiert. Für die Wiener Bewegung, die er ja vom Sommer 1848 an aus eigener Anschauung kennen lernte und der er sein „Tagebuch aus Wien" widmete, eine objektive und namentlich wegen der darin enthaltenen scharfen Abrechnungen mit den literarischen Wortführern Wiens wertvolle Darstellung, hatte er ja immer großes Interesse, und sein hier abgedruckter Brief an Rank wird als neuerlicher Beweis gelten können, wie richtig Auerbach die Sünden der österreichischen Vergangenheit erkannte und wie scharf er in kurzen Worten politische Zustände zu charakterisieren vermochte.

Sein Brief an Josef Rank lautet:

„. . . Die unerschöpflichen Gründe des Volkstums sind das Palladium einer Nation, die die Besonderheit ihres Daseins bedingen. So unscheinbar sich hier auch manches darstellt, so bildet es doch das schützende Blatt für Blüte und Frucht, für Gemüt und Tat. Es bedarf kaum einer Aufzählung der Sünden, mit denen dem deutschen Volkstume mitgespielt wurde: die Ausländerei der vornehmen Stände, der Dünkel der Gelehrten, und vor allem der Hannsdampf in allen Gassen, der moderne Polizeistaat mit seiner zutäppischen Vielregierei, hat die zartesten Keime des Volkstums zerdrückt und verunstaltet. Was geschah denn wesentlich anders, als daß man alles natürliche Wachstum am Polizeistock groß ziehen wollte? Befehlen, Verbieten und Ueberwachen dieser Verordnungen, das sind die Künste des Polizeistaates. Das Volkstum ist das Heiligtum einer in sich verbundenen Menschengemeinschaft, der Polizeistaat kennt kein Heiligtum, außer etwa noch die Kirche, weil und insofern sie auf anderem Wege der Polizei Handlangerdienste leistet . . .

Man trete hinaus unter das Volk und sehe nur, wie der Polizeistaat mit dem Volkstume, mit Bräuchen und Sitten, mit Festen u. s. w. wirtschaftet, da soll es keine Regung geben, die nicht überwacht, reguliert und registriert ist. Am schnellsten ist man aber fertig, wenn man verbietet. Ein Baum, der ein Jahrhundert zu seinem Wachstume bedarf, ist in einer Stunde gefällt, ein Volksbrauch, der sich seit undenklichen Zeiten in die Gemüter einlebte, man wirft einige Zeilen auf einen Stempelbogen, streut Sand darauf — die alte Sitte ist begraben. Es ist ein tiefes Gesetz in der Menschennatur, daß es nie gelingt, das innerste Wesen eines andern Individuums ganz in die Hand zu bekommen, um es nach Willkür zu modeln. Eltern und Erzieher erfahren dies an den Kindern, und die Pädagogik hat bereits darauf ihr neues Verfahren gegründet. Noch viel weniger gelingt jene gänzliche Bewältigung bei einem Volke, das organische Staatsleben der Zukunft wird sich danach zu richten haben."

Weit weniger Begeisterung für die österreichische Bewegung brachte Jeremias Gotthelf auf, der von Josef Rank aufgefordert worden war, sich über die Bewegung zu äußern, und der ihm am 10. April 1848 folgende Antwort zugehen ließ:

„Daß meine Antwort auf Ihre freundliche Begrüßung so lange ausgeblieben, bitte ja nicht mir, sondern den kreuzliederlichen Buchhändlern zuzuschreiben, welche Harz in ihren Händen haben, so daß nichts sich lösen will und frei wird, was einmal darin liegt. Ich wollte Ihre freundliche Gabe[1]) erwidern und habe nicht weniger als vier Bändchen in Buchhändlerfingern, und keines will rutschen aus selbigen. Alle Tage hoffe ich auf eines wenigstens, und in dieser Hoffnung will ich schreiben, es wird dann doch wohl eines aus dem Pech kriechen. Ich bin schon lang mit Ihnen bekannt, denn ich halte fleißig Ausguck nach befreundeten Mächten, welche die Segel richten nach den nämlichen Winden, das Steuer richten nach dem nämlichen Ziele.

Glaube und Liebe sind meine Winde und des Volkes wahres Heil mein Ziel, und Freund heiße ich, wer mit mir Ziel und Winde teilt. Aber nicht vergessen darf man, daß jeder sein eigenes Volk hat, aussegeln muß von einem andern Ufer und steuern in besonderer Richtung. Wir armen Teufel von Schweizer haben nun eine ganz eigene Aufgabe, wir müssen gegen eine sogenannte Freiheit kämpfen, einen sogenannten Fortschritt, eine sogenannte Aufklärung. Wir haben von all diesen Dingen ein solches Unmaß, daß einer drunten in Oesterreich hell keinen Begriff davon hat, ja es drinnen habt, wie arme Vögel in einer ausgesogenen Luftpumpe. Die Worte Freiheit, Fortschritt, Aufklärung an sich wären so schön, hätten einen so schönen Klang, aber was in die Worte, wie in ein leer Gehäuse, die Menschen schieben und stopfen, das ist schauerlich. Wer das nicht weiß, begreift uns arme Schweizer nicht, wenn wir züchtigen die sogenannten Freiheitsmänner, den Unglauben, das Abschnappen des Fortschrittes in ödes Nichts, die Negation, die alles Höhere leugnet und vor lauter Aufklärung in trostlose Barbarei sich umbiegt.

Es tut daher wohl recht not, daß die, welche das Gleiche wollen, sich verständigen, sich sagen von wannen ihr Feind kommt, in welcher Gestalt und wo derselbe seine Hörner hat, man möchte sich sonst sehr leicht mißverstehen.

Ich liebe die Armen so sehr, und noch mehr als ich die Armen liebe, hasse ich Stolz und Uebermut, mögen sie kommen, woher sie wollen, aber mir kommts oft vor, und das kommt wahrscheinlich daher, daß ich die Verhältnisse nicht gehörig kenne, als übertreibe man die Not der Armen und vergrößere den Druck von Oben, als hetze man das Proletariat gegen jegliche Autorität, sei es menschliche oder göttliche.

Das Ungenügen und die Unzufriedenheit, die beiden so großen Quälgeister der Menschen, sind ohnehin so mächtig und plagen so gräulich, sie sollte man nicht noch stacheln und treiben zu völliger Tollheit. Es scheint ein Abfall von der Wahrheit durch die Völker zu gehen, der, wenn er wirklich ist, nur durch große Unglücke gesühnt werden kann. So sehe ich freier Schweizer es an, und das glaubte ich sagen zu sollen, um nicht mißverstanden zu werden, wie ich so oft schon mißverstanden worden bin.

An Ihren lieben Kindern[2]) habe ich große Freude, aber sehr wundert es mich, daß Sie in Wien leben und nicht (ich darf nicht sagen im Volke, denn in Wien ist auch ein Volk) auf dem Boden, auf dem Ihre Blumen erblühen. Ich bin von Geburt ein Städter, aber seit Jahren wohne ich auf dem Lande und es wäre mir, als würde der lebendige Strom versiegen, wenn ich den Ort verlassen würde, wo seine Quellen begonnen. Es macht mir recht ordentlich Angst vor einer großen Stadt, und Bern ist nur relativ für uns bedeutend, aber mich dünkt, wenn ich von dorther zurückkehre, ich hätte wieder ein Stück Leben eingebüßt.

Doch, mein lieber werter Herr, ich habe viel zu lange geschwatzt, Sie werden aber denken, das sei Pastoren-Weise, wenn so Einer 'mal den Anfang genommen, so könne er doch das Ende nicht finden. Kommen Sie einmal in die Schweiz, so will ich Ihnen schon zeigen wie viel Wahres an der Sache ist.

Unterdessen grüße herzlich; bitte mein langes Geschreibe zu verzeihen und wünsche, daß, was ich Ihnen senden kann[3]), Ihnen auch gefallen möge und bald ein neues Lebenszeichen von Ihnen mich erfrische.

Mit herzlicher Begrüßung Ihr Jeremias Gotthelf (Albert Bitzius, Pfarrer im Canton Bern.)"

Dr. F. H.

Man darf sich über diesen Brief des Bern-Bürgers und konservativen Dorfpfarrers nicht wundern. Er haßte die „Aufklärung" und die radikalen Fortschrittsmänner, aber, obwohl er ihre Schwächen nicht übel persiflierte, haben ihm die Folgen des Jahres 1848 nicht Recht gegeben. Für die Schweiz wurde die Umwälzung ungemein fruchtbar; die neue Bundesverfassung, die von jenem Jahre datiert, war ein Werk wirklichen Fortschrittes und auch der Versöhnung, das keine Partei mehr hätte preisgeben wollen.

[1]) Rank hatte ihm einige Bücher geschickt.

[2]